

Artur Moses, 14.07.2014

Tiefgreifende Veränderungen und immense Herausforderungen

Die Ergebnisse des Euro-Gipfels am vergangenen Wochenende signalisieren tiefgreifende politische Veränderungen nicht nur für das EU-Europa und die Euro-Zone. Sie sind vor allem Ausdruck dafür, welchen Kurs und welche Gangart die bestimmenden und herrschenden Kreise gegen die Völker und vor allem die Arbeiterklasse in allen Ländern eingeschlagen haben. Unter Druck und Führung von Berlin verstärken sich die reaktionären Elemente. Es zeigen sich aber auch neue Widersprüche.

Zum Ergebnis. Besonders von der Großen-Koalition aus Berlin wurde ein Kurs der finanziellen Erstickung und Strangulierung Griechenlands bis hin zu einem gezielten Absturz in eine humanitäre Katastrophe verfolgt. Ziel war ein „Grexit“ ohne Vorbereitung für Griechenland. Die Pläne waren lange vorbereitet und lagen doch auf dem Tisch. Es ist nicht auszumalen, welche sozialen und vor allem auch politische Folgen dies gehabt hätte. Nicht nur für Griechenland. Die Kampfbedingungen für die Gegner der Austeritätspolitik hätten sich nicht verbessert, sondern das Kräfteverhältnis wäre noch dramatischer in Richtung der Herrschenden verschoben worden. Ziel war nicht nur, die griechische Regierung zu erledigen, sondern jeglichem Widerstand den Kampf anzusagen.

Mit dieser besonders reaktionären Variante kamen Schäuble, Merkel und andere Scharfmacher nicht durch. Dieser Durchmarsch wurde verhindert durch das Auftreten der Syriza-Regierung mit der Unterstützung der grossen Mehrheit des griechischen Volkes und auch durch andere Regierungskräfte in EU-Europa. Die relative Geschlossenheit bisher in der Euro-EU hat Risse bekommen. Dennoch konnte Berlin Inhalte diktieren und durchsetzen, um dem griechischen Widerstand und dem damit verbundenen Beispiels für ganz EU-Europa eine Niederlage zu bereiten.

Das Ergebnis zeigt vor allem das aktuelle Kräfteverhältnis. Es zeigt auch neue Machtansprüche. Es zeigt vor diesem Hintergrund einen Kurs, der zunehmend gegen Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und gesellschaftlichen Fortschritt gerichtet ist. Die BRD-Regierung ist dabei treibendes Element.

Die Kampfbedingungen für Veränderungen sind schwieriger geworden. Auch bei uns. Aber der Widerstand gegen die Austeritätspolitik ist damit nicht beendet. Sicherlich in Griechenland und auch in anderen Ländern nicht.

Das Ergebnis zeigt aber mit aller Deutlichkeit, mit welchem potenten Gegner es die Gegner der Austeritätspolitik zu tun haben. Welche Macht und welche Möglichkeiten er hat. Immer dringlicher wird die Frage aufgeworfen, mit welcher Strategie und Taktik gegen diesen Gegner gekämpft werden muss und erfolgreich gekämpft werden kann. Das Ergebnis zeigt wie in einem Brennglas, dass die EU eine Klassenkampfebene mit qualitativ neuen und immensen Herausforderungen geworden ist.

Dies zu analysieren und entsprechende Antworten zu finden, ist nicht nur eine Aufgabe der gesamten Linken, sondern auch für die kommunistischen Parteien, auch für die DKP.

Im Kern geht es um die Frage: Nehmen wir die Herausforderungen auf dieser Ebene an oder nicht. Zugespitzt: Beantworten wir diese Herausforderungen nur mit dem Herunterbeten der Formel, dass nur mit der Überwindung des Kapitalismus fortschrittliche Veränderungen jetzt zu erreichen sind oder ist es nicht notwendig eine Strategie zur Veränderung des Kräfteverhältnisses und des Öffnens von Wegen zu

grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu entwickeln und zu praktizieren.

Nur die Position, diese EU sei nicht reformierbar ist nicht geeignet, der Offensive der Herrschenden aktuell etwas entgegen zu setzen. Die Negierung des Kampfes um Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt als Alternative zu dem Kurs der Herrschenden muss überwunden werden. Sie öffnet die Türen für weitere reaktionäre Veränderungen. Der Leitantrag der Mehrheit des PV gibt Auskunft darüber, auf welchem Niveau wir in dieser Frage sind. Der Kampf gegen die Austeritätspolitik spielt in den Aufgabenstellungen überhaupt keine Rolle, obwohl wie wir es in der Kommunal- und Landespolitik immer damit zu tun haben.

Das Ergebnis vom Wochenende wirft auch die Frage auf, mit welchem politischen Konzept und mit welchen Alternativen Syriza diese Auseinandersetzung geführt und diese entsprechend des Verlaufes der Auseinandersetzung weiter entwickelt hat. Gab es nur die eine Handlungsvariante oder auch Alternativen? Die KKE muss sich fragen, ob ihre Strategie und Taktik die Positionen des Widerstandes, sowohl national wie international, gestärkt oder behindert hat. Das müssen und werden die Handelnden in Griechenland selbst beantworten müssen.

Zu diesem Ergebnis gehört auch die Erkenntnis, dass das griechische Volk in seinem Widerstand den notwendigen Schub an internationaler Solidarität nicht bekam. Von nicht wenigen auch aus unserer Partei wurden Syriza und Tsipras zum Hauptgegner gemacht. Besserwisserei, Diffamierung, das blinde Übernehmen von Positionen der KKE haben wie eine Narkose gewirkt und den Kampf gegen die eigentlichen Gegner im Prinzip verhindert. Wenn wie einige behaupten der Feind im eigenen Land steht, dann ist doch die Frage berechtigt, warum nicht gerade jetzt versucht wurde, den Kampf gegen diesen Feind mit neuen politischen Initiativen zu verstärken. Warum wurde das griechische „Signal“, Widerstand gegen die Austeritätspolitik, nicht entschlossen aufgegriffen? Es gäbe noch nicht eine einzige Forderung der DKP an die Herrschenden in diesem Land, wenn nicht Genossinnen und Genossen, die das gültige Parteiprogramm ernst nehmen, einen entsprechenden Antrag in den PV eingebracht hätten. Dieser Beschluss spielte aber keine weitere Rolle in der zentralen Politik. Es kam nur noch heiße Luft mit viel „R“ von der Mehrheit des PV, die in der Aufforderung des Parteivorsitzenden gipfelte, uns jetzt in revolutionärer Kleinarbeit zu „üben“.

Eine Kursänderung zur aktuellen Politik der Mehrheit in der DKP ist dringend erforderlich, wenn die DKP ihre Verantwortung wahrnehmen will und nicht in der sektiererischen, politisch unwirksamen Ecke landen will.

Das gültige Parteiprogramm ist ein guter Ratgeber!

Artur Moses, St. Ingbert
Mitglied des Bezirkssekretariates DKP-Saarland